



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)
Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI)
Bildungszusammenarbeit
Einsteinstrasse 2
3003 Bern

Totalrevision der Verordnung über die Beiträge für Schweizer Teilnahmen an den Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogrammen der EU sowie für das Schweizer Haus in Paris (SR 414.513); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 2. April 2015 laden Sie den Regierungsrat des Kantons Uri ein, zur Totalrevision der Verordnung über die Beiträge für Schweizer Teilnahmen an den Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogrammen der EU sowie für das Schweizer Haus in Paris (SR 414.513); Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Gerne nehmen wir dazu wie folgt Stellung:

Hintergrund für die vorliegende Totalrevision obgenannter Verordnung bildet die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative am 9. Februar 2014. Als Folge hat die Europäische Kommission die Verhandlungen zur Assoziierung an das Programm "Erasmus+" sistiert. Die Schweiz gilt nun aus Sicht der Europäischen Kommission in Zusammenhang mit "Erasmus+" als Drittstaat, was Teilnehmende aus der Schweiz von finanziellen Beiträgen aus dem "Erasmus+"-Budget ausschliesst.

Der Regierungsrat des Kantons Uri unterstützt das vom Bundesrat verfolgte Ziel, trotz der

zur Zeit sistierten Verhandlungen die rechtlichen Grundlagen für die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Bildung, Berufsbildung, Jugend und Mobilität zu schaffen.

Der Regierungsrat des Kantons Uri ist deshalb mit der vorgeschlagenen Totalrevision der Verordnung über die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Bildung, der Berufsbildung, der Jugend und der Mobilitätsförderung gemäss Entwurf vom 2. April 2015 einverstanden.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir danken Ihnen für die Gelegenheit Stellung nehmen zu dürfen. Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 5. Mai 2015



Im Namen des Regierungsrats

Frau Landammann

Der Kanzleidirektor


Dr. Heidi Zgraggen


Roman Balli